



Inhaltsverzeichnis

Regionales

Ganz aktuell - Vorteil für unsere Mitglieder:

1. Biotopschutz Februar 2011
2. Feinstaub
3. Regionalbahnkonzept 2014+
4. Erstes Arbeitstreffen „Veggiday“ am 16.2.2011
5. Nussjagd

Überregionales

1. Innenminister zurückpfeifen – Bürger beteiligen! Aktion des BUND-Bundesverbands
2. BUND begrüßt Anträge der Landtags-Fraktionen zum Schutz der Alleen

Termine

1. Filmtermin:
2. Jeden Freitag Biotopschutz



Feldsperling auf der Sandbeekswiese
Foto: Frank Müller



Ganz aktuell – Vorteil für unsere Mitglieder:

Wir haben mit dem Bekleidungs-, Sport- und Outdoor-Laden "Tramp" einen Freundschaftsvertrag geschlossen.

Ab sofort erhalten Sie dort auf jeden Einkauf 10 % Rabatt.

Voraussetzung ist der BUND-Mitgliedsausweis (der befindet sich auf dem Vorsatzbogen der neuesten BUND Mitgliederzeitschrift) oder entsprechende Bescheinigung durch unser Büro.

"Tramp ... für Globetrotter"

Rebenring 16, an der Ecke Mittelweg, gegenüber der alten Mensa

Tel. 0531 - 343010

www.tramp-globetrotter.de

Regionales

1. Biotopschutz Februar 2011

Bekanntlich sind Gehölzrückschnitte nur bis Ende Februar möglich. In unserer Planung haben wir darauf besonderen Wert gelegt. So haben wir in den Sandgruben bei Cremlingen, auch mit effektiver Hilfe durch den Landwirt Weber-Schönian, Weidengehölze entfernt, um den dortigen Amphibien wenig beschattete Gewässer anzubieten (Herr Weber-Schönian war mit Bagger und Traktor angerückt). Bei einer von Manfred Wenst geleiteten Exkursion vor 3 Jahren wurden dort 11 Amphibien-Arten



nachgewiesen, darunter seltene Arten wie Kreuzkröte und Laubfrosch. Man sieht: die Arbeiten machen Sinn. Zweiter Einsatzort im Februar war die Sandbeekswiese. Hier wurden die wuchernden Weiden zurückgeschnitten und der Weidenschnitt am Rande der Fläche zu größeren Wällen aufgeschichtet: hervorragende Zaunkönigreviere. Frau Anke Kätzel (Umweltamt) hat bei der EU für 2011 FFH-Gelder beantragt, um einige Weiden nachhaltig zu entfernen. Wir warten noch auf einen positiven Bescheid der EU.



2. Feinstaub

Die Feinstaubwerte in der Luft übertrafen bis Februar 2011 laut BZ die zulässigen Grenzwerte schon 14 Mal. Das scheint unsere Politiker nicht weiter zu stören. So ist für den Südwesten der Stadt die Option auf eine Stadtbahn offenbar bald verspielt. Denn dort hat der zuständige Stadtbezirksrat 213 die Streichung der bislang vorsorglich freigehaltenen Trasse verlangt, was zu deren Überbauung führen wird. Feinstaubfreien öffentlichen Verkehr wird es dort nicht mehr geben. Gründe für die Streichung sind laut CDU und FDP die fehlende Nutzung und die Behauptung, dass die etablierten Buslinien mehr Flexibilität bieten als eine mögliche Stadtbahn. Zudem meinen sie, Straßenbahntrassen würden Siedlungsabschnitte voneinander trennen.

[Newslickmeldung von 02.03.2010](#)

3. Regionalbahnkonzept 2014+

Am Montag, den 28.02.2011 fand bei uns im Büro ein Regional-Treffen zu diesem Thema statt. Eingeladen waren Menschen, die mit Verkehrsfragen irgendwie vertraut sind und von deren besonderem Engagement wird erfahren haben (z.T. auch durch Nachfrage bei Naturschutzverbänden bzw. beim VCD). Schließlich waren 13 TeilnehmerInnen anwesend, die aus Wolfsburg und Salzgitter, den Landkreisen Gifhorn und Peine und natürlich aus Braunschweig kamen. Die Moderation des Termins übernahm Robert Slawski (BUND-BS). Die Ausgangsfrage zum vorliegenden Konzept "2014+" des ZGB (Zweckverband Großraum Braunschweig) lautete: Ist das Glas halb voll oder halb leer? Oder wie ist der Füllstand zu beurteilen? – Nach gut zwei Stunden mit anregenden Einschätzungen, lokalen Einzelinformationen, Fachberichten und gemeinsamer Diskussion war sich die Versammlung in zwei entscheidenden Punkten einig.

Erstens: Wir werden energisch protestieren, damit deutliche Verbesserungen in das Konzept eingearbeitet werden (eine Resolution ist in Vorbereitung). Niemand aus dem Kreis wollte akzeptieren, dass der ZGB auf 110 Mio Euro Bundeszuschuss für den Ausbau unseres Regionalbahnnetzes verzichten will.

Zweitens: Der Arbeitskreis wird sich weiterhin treffen (vorläufiger Name: Netzwerk zukunftsfähiger Nahverkehr).

Terminhinweis

Wer sich über den Diskussionsstand bei Bündnis 90/ Die Grünen informieren will: am Freitag, den 04.03.2011, findet ein Fachforum statt, in welchem Fragen gestellt, Verbesserungen erörtert und Alternativen erarbeitet werden können. „Zukunft des Schienennahverkehrs im Großraum Braunschweig“, 04. März 2011 von 15.00 bis 19.00 Uhr in der Brunsviga

- * Wir empfehlen, insbesondere die Positionen des Verbandes Pro-Bahn, der dort vertreten sein wird, kritisch zu beleuchten. Herr Gryschka, Regional- und Landesvorsitzender von Pro-Bahn, ist bisher dadurch aufgefallen, dass er unsere Äußerungen (des BUND-BS) unkorrekt, verdreht und verfälscht in einem Zeitungsinterview zitiert hat, um seine eigene Argumentation zu stärken (z.B. ist falsch, dass der BUND einen halb-Stunden Takt gefordert hat, richtig ist vielmehr, dass wir uns zur Fahrplangestaltung bisher noch gar nicht geäußert haben, sondern zunächst auf den Netzausbau schauen). Inhaltlich ist Pro-Bahn offenbar mit dem ZGB-Konzept zufrieden.



4. Erstes Arbeitstreffen „Veggiday“ am 16.2.2011

Veggiday? Was ist das denn? Fragte ich mich auch, als wir die Einladung von Herr Oestmann (Slow Food, Braunschweig) dazu erhielten.

Dahinter steckt die Idee, sich zumindest an einem Tag der Woche ausschließlich vegetarisch zu ernähren. Vorbilder sind die Städte Gent in Belgien und Bremen. In Bremen hat sogar der OB die Schirmherrschaft übernommen.

Ziel ist es, die BraunschweigerInnen zu informieren:

- * über die positiven Auswirkungen der Reduktion des derzeit durchschnittlichen Fleischkonsums von 1400g/Woche
- * über die positiven Wirkungen reduzierten Fleischkonsums auf Umwelt und lokale Strukturen
- * über die Steigerung der persönlichen Gesundheit
- * über Lebensmittelqualität (anstatt Quantität) und -herstellung

Weiter soll der regionale Bezug von Lebensmitteln gefördert werden.

Teilnehmer der ersten Sitzung kamen von Slowfood, AOK und BUND. Wer sich mit einbringen will, nimmt Kontakt zum BUND-Büro auf.

5. Nussjagd

Ihr erinnert euch? Durch die Mithilfe von Kindergartengruppen und Schulklassen wollen wir herausfinden, wo es in Braunschweig Haselmäuse gibt. Dazu luden wir schriftlich sämtliche Grundschulen der Stadt im Februar ein. Bislang haben immerhin 5 Lehrkräfte ihr Interesse bekundet. Wir sind sehr gespannt, ob bei diesen Exkursionen auch Nachweise der Haselmaus gelingen (der Nachweis erfolgt indirekt über die typischen Biss-Spuren an Nussschalen, die man unter den Haselsträuchern auflesen kann). Wer ebenfalls mit einer Kindergartengruppe und dem BUND auf Nussjagd gehen möchte, melde sich bitte im BUND-Büro.

Überregionales

1. Innenminister zurückpfeifen – Bürger beteiligen! Aktion des BUND-Bundesverbands

Der Innenminister plant in seinem aktuellen Gesetzesentwurf, dass der bisher verpflichtende öffentliche Erörterungstermin bei Planung von Großprojekten abgeschafft werden soll. Behörden könnten diesen noch nach eigenem Ermessen durchführen, sind jedoch nicht verpflichtet. Es wird sich um Entscheidungsbereiche wie Genehmigungsverfahren für Autobahnen, Bundesstraßen, Bahnstrecken oder Flussausbauten handeln. Durch dieses Gesetz würde Betroffenen, Anwohnern oder Umweltschützern ein wichtiges Mitspracherecht genommen werden.

Gerade nach Stuttgart 21 und Äußerungen aus allen Richtungen, wie wichtig Bürgerentscheide und die öffentliche Meinung für solche Großvorhaben sei, ist dieser Entwurf ein Rückschlag und Zeichen der Ignoranz gegenüber dem Willen und dem Mitentscheidungsrecht von Bürgern und Bürgerinnen.

Unter der folgenden E-Mail Adresse könnt ihr eurer Stimme mit dem unten aufgeführten Text gegen das Vorhaben von de Mazière erheben:

http://www.bund.net/bundnet/aktiv_werden/aktionen/mehr_buergerbeteiligung/

„Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin,

"Ich bin für Bürgerbeteiligung. Ich bin für Transparenz." – das sagten Sie 2010 auf dem CDU-Parteitag in Karlsruhe. Ihr Innenminister scheint das anders zu sehen: Mit seinem aktuellen Gesetzesentwurf würde er die Rechte von Bürgerinnen und Bürgern bei der Planung von Großprojekten massiv einschränken. Ich fordere Sie deshalb auf: Stehen Sie zu Ihrem Wort! Stoppen Sie den Entwurf, stärken Sie das Recht der



Menschen auf Beteiligung. Erhalten Sie den verpflichtenden öffentlichen Erörterungstermin bei Großprojekten. Mehr Bürgerbeteiligung statt "Maul halten"!"

2. BUND begrüßt Anträge der Landtags-Fraktionen zum Schutz der Alleen

Pressemitteilung des BUND Landesverbandes (gekürzte Version)

Am Donnerstag, den 17.02.2011, haben CDU und FDP einerseits, die Grünen andererseits einen Antrag im Niedersächsischen Landtag zum Schutz und Erhalt von Alleen eingereicht.

Das Problem:

Seit 2009 gibt es die RPS (Richtlinie für passiven Schutz an Straßen durch Fahrzeug-Rückhaltesysteme), welche einen Mindestabstand zwischen Fahrbahnrand und Hindernissen außerhalb der Fahrbahn vorsieht. In dieser Richtlinie werden Alleen zwar nicht erwähnt, doch die Straßenbaubehörde in Niedersachsen legt die Richtlinie dementsprechend aus, dass man die Alleen dennoch dazuzählen kann. Da bei älteren Alleen dieser Mindestabstand allerdings so gut wie nie gegeben ist, werden diese der neuen Richtlinie höchstwahrscheinlich zum Opfer fallen.

Es gibt allerdings noch weitere Gefährdungen vieler wertvoller Alleen: Tausalze im Winter, zu viel Stickstoff aus der Landwirtschaft, Beeinträchtigungen und Beschädigungen des Wurzelwerks durch Straßenbaumaßnahmen und Landwirtschaft, ferner ungenügende Pflegemaßnahmen.

Doch Alleen sind für unsere Kulturlandschaft von unschätzbarem Wert. Außerdem verringern sie den Straßenlärm, spenden Schatten und binden Staub und Abgase.

„Alleen sind ein lebendiges Kulturerbe, ein unverwechselbares Wahrzeichen von Regionen, sie verbinden voneinander getrennte Lebensräume und sie bieten Brut- und Rastplätze für Vögel, Insekten und Kleinsäuger“, erläutert Dr. Marita Wudtke, Referatsleiterin für Naturschutz und Umwelt

Die Forderungen:

CDU- und FDP-Fraktion fordern daher, dass die wenig ausgelasteten und nicht unfallträchtigen Alleen von der Richtlinie explizit ausgenommen werden.

Der Umweltverband und die Grünen fordern für Alleen zusätzlich:

- * ein schärferes, angepasstes Tempolimit
- * zusätzliche Schutzeinrichtungen (Leitplanken) anstelle von Baumfällungen
- * die Ausweisung von Alleen als geschützte Landschaftsbestandteile

Termine:

1. Filmtermin:

Am 21. März läuft um 20:00 Uhr in der Brunsviga der dritte und letzte Film der Filmreihe über den Kampf gegen Agro-Gentechnik in aller Welt. Er trägt den Titel "Zukunft säen - Vielfalt ernten! Saatgut bleibt Allgemeingut."

Dieser Dokumentarfilm wurde 2010 von Ella von der Haide gedreht und läuft 34 Minuten mit anschließender Diskussion für interessierte Zuschauer.

Ein weiterer Termin für alle, die am 21.03. keine Zeit finden, ist der 11. April 2011 um 15:00 Uhr im Braunschweig-Kolleg.

2. Jeden Freitag Biotopschutz

Treffen zum Biotopschutz jeweils 14:00 Uhr am BUND-Büro, Schunterstraße 17 oder eine halbe Stunde später direkt vor Ort. Wer Interesse hat, kann auch gerne etwas später dazukommen.

Detail-Informationen und Anmeldung zur Bildung von Fahrgemeinschaften unter Tel. 0531 – 15599 oder 0160 – 920 636 96 oder info@bund-bs.de